



Kiel, 29. Oktober 2008

nachrichtlich:

Vorsitzender des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Günter Neugebauer, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

Finanzminister
des Landes Schleswig-Holstein
Herrn Rainer Wiegard
Düsternbrooker Weg 64
24105 Kiel

Finanzpolitische Sprecherinnen und
Sprecher der Fraktionen
und des SSW
(gem. anliegender Liste)

**Entwurf eines Haushaltsstrukturgesetzes zum Haushaltsplan 2009/2010,
Drucksache 16/2150 vom 19.08.2008, und Finanzplan des Landes Schleswig-
Holstein 2008 - 2012, Drucksache 16/2198 vom 19.08.2008**

Sehr geehrter Herr Neugebauer,

wie es inzwischen guter Brauch geworden ist, nimmt der Landesrechnungshof auch dieses Jahr Stellung zum aktuellen Haushaltsentwurf und zum aktuellen Finanzplan. Beide Pläne sind nicht tragfähig; sie lassen die Haushaltssanierung vermissen. Wenn der Landtag und die Landesregierung nicht zügig Personal abbauen, Aufgaben streichen und so die Ausgaben des Landes deutlich kürzen, wird die dringend erforderliche Haushaltssanierung scheitern.

1. Finanzlage - Immer noch dramatisch

Nettokreditaufnahme

In den letzten drei Jahren hat das Land seine Nettokreditaufnahme merklich gesenkt. Ausgehend vom zweiten Nachtrag zum Haushaltsplan 2005 erhielt das Land bis Ende 2007 insgesamt 1,2 Mrd. € mehr Einnahmen aus Steuern, dem Länderfinanzausgleich und den Bundesergänzungszuweisungen, als in den Haushaltsplänen veranschlagt waren. In der gleichen Zeit nahm das Land netto knapp 1,4 Mrd. € weniger

Kredite auf als veranschlagt: Die Landesregierung hat die zusätzlichen Einnahmen vollständig eingesetzt, um die Nettokreditaufnahme zu senken, und hat sie noch um weitere 179 Mio. € reduziert. Dies begrüßt der Landesrechnungshof ausdrücklich. Die Ursachen der hohen zusätzlichen Steuereinnahmen waren der konjunkturelle Aufschwung und vor allem Steuererhöhungen.

Die Landesregierung plant für 2009 und 2010 mit folgenden Eckwerten:

	2009	2010
	Mio. €	Mio. €
bereinigte Einnahmen	8.271	8.601
bereinigte Ausgaben	8.934	9.149
Finanzierungssaldo ¹	- 681	- 573
Rücklagenentnahmen	111	43
Nettokreditaufnahme	570	530
Kreditobergrenze nach Art. 53 LV	577	537

Damit schöpft das Land in beiden Jahren den zulässigen Kreditrahmen bereits im Haushaltsentwurf fast vollständig aus. Jetzt droht infolge der Finanzkrise eine konjunkturelle Abschwächung: Es ist daher zu befürchten, dass die Einnahmen des Landes 2009 und 2010 zu hoch veranschlagt sind.

Deckungsfähigkeit

Die Landesregierung schlägt vor, Ausgaben für Investitionen deckungsfähig gegenüber Ausgaben für Konsum zu erklären.² Hiermit würde der Weg geöffnet, die Schuldengrenze in Art. 53 LV im Haushaltsvollzug zu umgehen. Grundsätzlich dürfen die zusätzlichen Schulden höchstens so hoch sein wie die Investitionsausgaben, weil der in Geld bewertete Nutzen der Investitionen die Kosten der Schulden aufwiegen könnte. Sind jedoch die Investitionsausgaben deckungsfähig zugunsten von Konsumausgaben, besteht nach Ansicht des Landesrechnungshofs die Gefahr, dass die Landesregierung im Vollzug des Haushalts für Investitionen veranschlagte Mittel für Konsum ausgibt, ohne dass sie in gleicher Höhe auf zusätzliche Schulden verzichtet. Dies bedeutete, dass sie Staatskonsum durch zusätzliche Schulden finanzierte:³ Das liefe dem Zweck von Art. 53 LV zuwider. Um dieser Gefahr vorzubeugen, fordert der Lan-

¹ Der hier genannte Finanzierungssaldo ergibt sich nach §13 Abs. 4 Nr. 2 LHO aus der Differenz zwischen Nettoeinnahmen und -ausgaben; diese unterscheiden sich im Haushaltsentwurf 2009/2010 jeweils geringfügig von den bereinigten Einnahmen und Ausgaben.

² Vgl. § 10 Abs. 1 HStrukturG 2009/2010, [Drucksache 16/2150](#) v. 19.08.2008, Entwurf eines Haushaltsstrukturgesetzes zum Haushaltsplan 2009/2010, S. 10.

³ Die Landesregierung selbst sprach dieses Problem bereits in ihrem Tragfähigkeitsbericht an: Vgl. [Drucksache 16/1865](#) v. 12.02.2008, Bericht zur Tragfähigkeit der Finanzen des Landes, S. 49, Nr. 6.1.

desrechnungshof den Landtag auf, dem Vorschlag der Landesregierung nicht zu folgen.

Schulden

Die Finanzlage des Landes bleibt dramatisch: Die Schulden des Landes wuchsen bis Ende 2007 auf 22,4 Mrd. €⁴ Nach dem Finanzplan sollen bis Ende 2012 weitere 3,1 Mrd. € hinzukommen; die Schulden stiegen dann auf fast 26 Mrd. €⁵ Zusätzlich werden die Schulden steigen, weil die Landesregierung Schulden von Ausgliederungen auf das Land übertragen will:

- Sie will das Vermögen und die Verbindlichkeiten der Gesellschaft zur Verwaltung von Beteiligungen des Landes (GVB) auf das Land übertragen: Hierdurch stiegen die Schulden des Landes zunächst um 862 Mio. €. Hinzukommen könnten noch weitere 180 Mio. €. In dieser Höhe hat die GVB eine neue Stille Beteiligung an der HSH Nordbank AG gezeichnet.
- Außerdem will die Landesregierung die Schulden der Liegenschaftsverwaltung Schleswig-Holstein gegenüber Kreditinstituten von 421 Mio. € (Schuldenstand am 31.12.2007) auf das Land übertragen.

Demnach stiegen die Schulden bis Ende 2012 auf rd. 27 Mrd. €. Bis dahin fielen 5,6 Mrd. € Zinsausgaben an: 2012 würde das Land fast 13 % seiner bereinigten Ausgaben für Zinsen ausgeben.

Das Land gibt auch nach dem aktuellen Haushaltsentwurf und dem aktuellen Finanzplan bis 2012 deutlich mehr Geld aus, als es einnimmt: Mittel- und langfristig muss das Land aber seine Ausgaben ohne zusätzliche Schulden finanzieren, sonst wird es seine finanzielle - und damit auch seine politische - Handlungsfähigkeit verspielen.

2. Einnahmen - riskante Pläne

Im Haushaltsentwurf fehlen jegliche Puffer, falls das Land weniger einnimmt, als die Landesregierung veranschlagt hat. Die Einnahmenplanungen sind zu optimistisch. Wenn sich die Konjunktur in Folge der Finanzkrise merklich abschwächt, besteht die Gefahr, dass das Land die Kreditobergrenze wieder deutlich überschreiten wird.

⁴ Ohne 443 Mio. € Einnahmen aus dem Liegenschaftsmodell.

⁵ Im Finanzplan werden für 2008 noch 1,24 Mrd. € Nettokreditaufnahme angesetzt. Seit der Mai-Steuerschätzung erwartet die Landesregierung für 2008 „nur noch“ eine Nettokreditaufnahme von 686 Mio. €. Dann würden die Schulden bis Ende 2012 „nur noch“ um 2,54 Mrd. € steigen. Vgl. [Umdruck 16/3427](#) v. 15.09.2008, Bericht über den Haushaltsablauf, Stand 30.06.2008, Anl. 2, S. 2.

Seit der Steuerschätzung im Mai 2008 erwartet die Landesregierung 2008 7,9 Mrd. € bereinigte Einnahmen.⁶ Unter dieser Annahme steigen die Einnahmen bis 2012 jährlich um 3,3 % und damit um 0,3 Prozentpunkte mehr als das bislang im Finanzplan unterstellte Wachstum des nominalen Bruttoinlandsprodukts Deutschlands (3 % jährlich). Diese Planung ist bereits aus heutiger Sicht zu optimistisch; die Landesregierung hat damit das Wachstum der Einnahmen im Haushaltsentwurf überschätzt.

Dies wird besonders deutlich bei den globalen Steuermindereinnahmen für 2009 und 2010: Noch im Mai 2008 ging die Landesregierung von 100 Mio. € globalen Mindereinnahmen für 2009 aus und 170 Mio. € für 2010, die sie im Hinblick auf zu erwartende Steuerrechtsänderungen einplante.⁷ Im Haushaltsentwurf senkte die Landesregierung die Mindereinnahmen jedoch für 2009 auf 20 Mio. € und für 2010 auf 30 Mio. €. Sie erhöht damit ihre Einnahmeerwartungen um insgesamt 220 Mio. €, 80 Mio. € in 2009 und 2010 in 140 Mio. €. An den Rahmenbedingungen hat sich aber nichts verändert, im Gegenteil: Die Aussichten für die Konjunktur haben sich auch durch die Finanzkrise verschlechtert. Zu erwartende Steuerrechtsänderungen (z. B. durch die Erbschaftsteuerreform, deren Ausgang zz. offen ist, und die ab 2010 zur Gänze abzugsfähigen Vorsorgeaufwendungen) sollten eher zu einem höheren Ansatz von globalen Steuermindereinnahmen führen. Angesichts dessen kritisiert der Landesrechnungshof, dass die Landesregierung die globalen Steuermindereinnahmen für 2009 und 2010 erheblich gesenkt hat.

Die Finanzmarktkrise und deren Auswirkungen auf die Wirtschaft werden dazu führen, dass das Land seine Planungen in der Nachschiebeliste noch einmal deutlich anpassen muss. Neben den allgemeinen Einnahmerisiken ist zu erwarten, dass die HSH Nordbank AG als Folge ihrer Wertberichtigungen und ihrer Verluste dem Land 2009 die veranschlagten Dividenden von 68,4 Mio. € nicht zahlen können. Ob die für 2010 veranschlagten Dividenden von 76,6 Mio. € fließen werden, ist eher unwahrscheinlich.

Auf die Abhängigkeit der Dividendenzahlungen vom Geschäftserfolg der Bank hatte der Landesrechnungshof im Hinblick auf das Haushaltsrisiko bereits 2004 hingewiesen. Die Feststellung des damaligen Finanzministers, es bestünde Einvernehmen mit der Bank, dass die Anteilseigner bezüglich ihrer Einnahmeerwartungen keine Verschlechterung erfahren dürften, hat sich nicht bewahrheitet.

Die Finanzmarktkrise wird sich nicht nur auf die Dividende des Landes, sondern auch auf den Wert seiner - früher noch als „Tafelsilber“ angesehenen - Beteiligung an der

⁶ Vgl. Bericht über den Haushaltsablauf, Stand 30.06.2008, [Umdruck 16/3427](#) v. 15.09.2008, Anl. 2, S. 2.

⁷ Vgl. Ergebnis der 131. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 06. bis 08.05.2008 in Meißen, [Umdruck 16/3101](#) v. 13.05.2008, S. 6.

HSH Nordbank auswirken. Heute könnte das Land seine mit Krediten von rd. 1 Mrd. € finanzierten Anteile nur mit erheblichen Verlusten verkaufen.

3. Ausgaben - steigen schneller als die Einnahmen

Ausgabenwachstum

Ausgehend vom Haushaltsplan 2008 sollen die bereinigten Ausgaben des Landes bis 2012 im Mittel jährlich um 3,9 % steigen. Dieses Ergebnis ist wiederum verzerrt, weil 2006 im Haushalt 2008 bereinigte Ausgaben von 8,4 Mrd. € veranschlagt wurden, die Landesregierung jedoch seit der Mai-Steuerschätzung annimmt, das Land werde 2008 bereinigt 8,6 Mrd. € ausgeben.⁸ Dann stiegen die bereinigten Ausgaben bis 2012 im Mittel jährlich um 3,5 %. Sie wüchsen dann jährlich 0,2 Prozentpunkte schneller als die bereinigten Einnahmen (3,3 %) und 0,5 Prozentpunkte schneller als das nominale Bruttoinlandsprodukt (3 %).

Das Land gibt seit Jahrzehnten mehr aus, als es einnimmt. Dieses Problem würde nach dem Haushaltsentwurf und dem Finanzplan noch größer, weil die Ausgaben bereits zu Beginn des Finanzplanungszeitraums höher sind als die Einnahmen und auch noch schneller wachsen sollen. Entsprechend stiege der Finanzierungssaldo; trotzdem soll die Nettokreditaufnahme sinken:⁹

Finanzierungssaldo und Nettokreditaufnahme 2008- 2012 in Mio. €

	2008	2009	2010	2011	2012
Finanzierungssaldo	- 654,9	- 663,0	- 547,5	- 821,6	- 828,0
Nettokreditaufnahme	686,1	570,0	530,0	430,0	330,0
Differenz	31,2	- 93,0	- 17,5	- 391,6	- 498,0

Quellen: 2008: [Umdruck 16/3427](#) v. 15.09.2008, Bericht über den Haushaltsablauf, Stand 30.06.2008; 2009 - 2012: [Drucksache 16/2198](#) v. 19.08.2008, Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2008 bis 2012.

Die Differenz soll im Wesentlichen durch globale Minderausgaben geschlossen werden, 2009 und 2010 zusätzlich durch die bereits dargestellten Entnahmen aus Rücklagen. Ob es dem Land jedoch gelingt, 2011 und 2012 die globalen Minderausgaben einzusparen, ist aus Sicht des Landesrechnungshofs fraglich, denn die Landesregierung plante Ähnliches auch im alten Finanzplan 2006 - 2010. Aber im aktuellen Haushaltsentwurf veranschlagt sie die Nettoausgaben deutlich höher als im damaligen Finanzplan.¹⁰

⁸ Vgl. Bericht über den Haushaltsablauf, Stand 30.06.2008, [Umdruck 16/3427](#) v. 15.09.2008, Anl. 2, S. 2.

⁹ Finanzierungssaldo hier lt. Finanzplan: Bereinigte Ausgaben abzüglich der bereinigten Einnahmen.

¹⁰ Nettoausgaben = bereinigte Ausgaben abzüglich globale Mindereinnahmen abzüglich haushaltstechnische Verrechnungen.

Es gelang der Landesregierung nicht, im Haushaltsentwurf 2009/2010 die Ausgabenziele zu erreichen, die sie 2006 in ihrem Finanzplan formulierte: Sie hat die damals ausgewiesenen globalen Minderausgaben im Haushaltsentwurf 2009/2010 nicht nur nicht auflösen können, sondern die Nettoausgaben in beiden Jahren noch darüber hinaus gesteigert, wie die folgende Tabelle zeigt:

	2009	2010
Nettomeherausgaben 2009/2010 gegenüber dem Finanzplan 2006 - 2010 in Mrd. €		
Finanzplan 2006 - 2010		
Bereinigte Ausgaben	8,8	9,0
– Globale Minderausgaben	0,3	0,5
≈ Nettoausgaben–	8,5	8,5
Haushaltsentwurf 2009/2010		
Nettoausgaben	8,9	9,2
Nettomeherausgaben gegenüber dem Finanzplan 2006 bis 2010	0,4	0,7

Bei diesen Plänen kann es dem Land nur gelingen, die Schere zwischen seinen Einnahmen und Ausgaben zu schließen, wenn die Einnahmen erneut überplanmäßig steigen. Die Chancen dafür stehen jedoch schlecht: Mit Steuererhöhungen ist nicht zu rechnen, und die Konjunktur wird sich abschwächen. Da dies im Haushaltsentwurf noch nicht berücksichtigt ist, müssten sich der Landtag und die Landesregierung in den diesjährigen Haushaltsberatungen erheblich anstrengen, um den in den Jahren 2006 und 2007 eingeschlagenen - und bei weitem noch nicht ausreichenden - Sanierungskurs halten zu können.

Ausgabenbremse

Der Schlüssel zur Haushaltssanierung ist die Begrenzung der Ausgaben: Deshalb fordert der Landesrechnungshof den Landtag erneut auf, neue Ausgaben nur zu beschließen, wenn er im Gegenzug Ausgaben in mindestens gleicher Höhe streicht.

Dies sollten die die Regierung tragenden Landtagsfraktionen und die Landesregierung auch bezüglich der jüngsten Beschlüsse des Koalitionsausschusses beherzigen. Dort wurde beschlossen, die Kreisgebietsreform bis auf Weiteres zu verschieben und bis 2013 stufenweise die Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen (KiTa) abzuschaffen. Eine Gegenfinanzierung im Finanzplanungszeitraum bis 2012 für voraussichtlich knapp 170 Mio. €, ab 2014 voraussichtlich 105 Mio. € jährlich¹¹ fehlt.

¹¹ Nach Schätzungen der Landesregierung sind 2009 für ein teilweise beitragsfreies KiTa-Jahr 14,9 Mio. € Ausgaben veranschlagt und 2010 für ein ganzes 35 Mio. €, die ab dann jährlich anfallen. Ab 2011 sollen die Eltern von ihren Beiträgen für das zweite KiTa-Jahr frei gestellt werden: Linear hochgerechnet kostete dies 2011 14,9 Mio. € und ab 2012 35 Mio. € jährlich. Ab 2013 sollen die Eltern von ihren Beiträgen für das dritte KiTa-Jahr frei gestellt werden: Dies kostete 2013 14,9 Mio. € und ab 2014 35 Mio. € jährlich. Drei beitragsfreie KiTa-Jahre kosteten demnach 105 Mio. € jährlich. Hierbei ist nicht be-

Gleichzeitig wird das Ziel bekräftigt, das Land solle ab 2015 ohne zusätzliche Schulden auskommen. Der Landesrechnungshof fordert das Parlament und die Landesregierung auf, die zusätzlichen Ausgaben durch Streichung anderer, jetzt weniger wichtiger Ausgaben auszugleichen.

4. Personal - Mehr Stellen und mehr Ausgaben: Ziel verfehlt

Ausgabenwachstum

Die Personalausgaben sollen von 2008 bis 2012 im Mittel jährlich um 3,3 % steigen. Damit stiegen sie bis 2012 langsamer als die bereinigten Ausgaben (3,5 % jährlich), genauso schnell wie die bereinigten Einnahmen (3,3 % jährlich) aber schneller als das Bruttoinlandsprodukt (3,0 % jährlich). Daher sank ihr Anteil an den bereinigten Ausgaben bis 2012 leicht, aber sie beanspruchten trotzdem einen konstanten Anteil der Einnahmen des Landes. Folglich gelänge es dem Land nicht, seine Personalausgaben wirksam zu begrenzen. Aber dies ist eine notwendige Bedingung für die Sanierung des Landeshaushalts.

Das Land wird seine Personalausgaben nur dann wirksam senken können, wenn es konsequent Aufgaben streicht und das dann nicht mehr benötigte Personal im Zuge der kommenden Pensionierungswelle abbaut. Vielleicht ist es aber auch genau umgekehrt: Vielleicht muss der dringend notwendige Personalabbau zuerst stattfinden, damit die entbehrlichen Aufgaben abgebaut werden.

Mehr Stellen

Warum es dem Land nicht gelingt, seine Personalausgaben wirksam zu begrenzen, zeigt die Stellenentwicklung 2009 und 2010; anstatt Personal abzubauen, schlägt die Landesregierung vor, zusätzliches Personal einzustellen:

- 2009 sollen 1.018 Planstellen oder Stellen (im Weiteren: Stellen) neu geschaffen werden. Gleichzeitig sollen 1.781 Stellen wegfallen; 991 hiervon sollen ausgegliedert werden.¹² Für die 991 ausgegliederten Stellen werden im Landeshaushalt zwar keine Personalausgaben mehr veranschlagt, aber das Land muss sie weiterhin finanzieren. Einsparungen sind hier nur möglich, wenn die ausgegliederten Aufgaben mit weniger Personalaufwand als bisher erfüllt werden; die Landesregierung macht hierzu keine Angaben. Insgesamt würde das Land 2009 so die Zahl der Stellen um 228 erhöhen.

rücksichtigt, wie sich bis 2014 der angenommene zu ersetzende Monatsbeitrag von 120 € pro Kind und die Zahl der Kinder in KiTa ändern.

¹² Landeshaushaltsplan: Übersichten, Allgemeine Bemerkungen, Sachverzeichnis; Anlage zu [Drucksache 16/2150](#) v. 19.08.2008, Entwurf eines Haushaltsstrukturgesetzes zum Haushaltsplan 2009/2010, Allgemeine Bemerkungen zum Haushalt Nr. I 3.2.6 u. I 3.2.7, S. 120.

- 2010 sollen 314 Stellen neu geschaffen werden und 235 wegfallen: Die Zahl der Stellen stiege um 79.

Folglich stiege die Zahl der ausgaberelevanten Stellen bis 2010 insgesamt um 307: Dies ist angesichts der Haushaltslage der Landes nicht vertretbar. Es steht auch im Widerspruch zu den am Beginn der Wahlperiode mehrfach angekündigten Plänen, mehrere tausend Stellen einzusparen, um den Anstieg der Personalausgaben trotz steigender Versorgungsaufwendungen wenigstens begrenzen zu können.

Personalkosteneinsparkonzept

Von den 2009 und 2010 wegfallenden Stellen rechnet die Landesregierung 2009 208 Stellen dem Personalkosteneinsparkonzept der Landesregierung (PKEK) zu, 2010 41 Stellen:¹³ Das PKEK reicht nicht aus, um den Anstieg der Personalausgaben zu stoppen.

Dies liegt daran, dass die Kernbereiche der Landesverwaltung (Polizei, Steuer, Schule, Justiz) nach wie vor von den Einsparquoten des PKEK ausgenommen sind. Die Personalausgaben für die Kernbereiche steigen, während die Personalausgaben für die restliche Landesverwaltung sinken:

Personalausgaben in der Landesverwaltung 2008 bis 2010

	2008 (Soll) T€	2009 (Soll) T€	2009 (Index) 2008 = 100	2010 (Soll) T€	2010 (Index) 2008 = 100	2009 = 100
Kern- bereiche	1.743.773,2	1.751.388,6	100,4	1.765.000,5	101,2	100,8
Andere ¹⁴	311.586,6	256.875,8	82,4	250.111,6	80,3	97,4
Gesamt	2.055.359,8	2.008.264,4	97,7	2.015.112,1	98,0	100,3

Quelle: Landshaushaltsplan Schleswig-Holstein zur [Drucksache 16/2150](#) v. 19.08.08, Entwurf eines Haushaltsstrukturgesetzes zum Haushaltsplan 2009/2010.

Noch nicht enthalten sind die im Einzelplan 11 für Besoldungs-, Versorgungs- und Tarifierhöhungen veranschlagten globalen Mehrausgaben (2009: 129 Mio. €, 2010: 211 Mio. €). Hiervon wird der überwiegende Teil auf die Kernbereiche entfallen, da in ihnen die meisten Landesbediensteten tätig sind. Bleiben die Kernbereiche vom PKEK ausgenommen, ist aus Sicht des Landesrechnungshofs der Versuch der Haushaltssanierung zum Scheitern verurteilt.

¹³ Landshaushaltsplan: Übersichten, Allgemeine Bemerkungen, Sachverzeichnis; Anlage zu [Drucksache 16/2150](#) v. 19.08.2008, Entwurf eines Haushaltsstrukturgesetzes zum Haushaltsplan 2009/2010, Allgemeine Bemerkungen zum Haushalt Nr. I 3.2.2 u. I 3.5.2, S. 120f.

¹⁴ Der Rückgang im Vergleich zu 2008 beruht in erster Linie auf der Ausgliederung von Personal auf den Landesbetrieb Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein und die Anstalt Schleswig-Holsteinische Landesforsten.

Der Landesrechnungshof begrüßt den Ansatz des Bildungspakts. Aufgrund der demographischen Entwicklung sollen von 2011 bis 2020 schrittweise 2.900 Stellen für Lehrkräfte wegfallen und alle mit ihnen verbundenen Ausgaben eingespart werden. Den Ansatz der Landesregierung, den Bildungspakt auf die gesamte Landesverwaltung zu übertragen, unterstützt der Landesrechnungshof ausdrücklich. Er pflichtet ihr darin bei, dass dies sowohl für Personalausgaben als auch gleichermaßen für die damit im Zusammenhang stehenden Sachausgaben und für Zuschüsse und Zuweisungen gelten muss.¹⁵

5. Kommunalen Finanzausgleich - Mehr Hilfe für finanzschwache Kommunen

2001 bis 2004 bauten besonders finanzschwache Gemeinden, die kreisfreien Städten und viele Kreise Defizite auf, die sie bisher nicht abbauen konnten: Ende 2007 betrug die Summe der kommunalen Defizite in ihren Verwaltungshaushalten rd. 600 Mio. €, davon entfielen auf die Kreise 195 Mio. € und auf die kreisfreien Städte 327 Mio. €

Das Land beabsichtigt deshalb, die Fehlbetragszuweisungen von 2009 bis 2014 von 17 Mio. € auf 49 Mio. € jährlich zu erhöhen. Die Aufstockung wird aus der gegebenen Finanzausgleichsmasse finanziert, sie erhöht deshalb nicht die Ausgaben des Landes. Mit den höheren Fehlbetragszuweisungen steigen die Vorwegabzüge von der Finanzausgleichsmasse: Dadurch reduziert sich der Anteil für die übrigen Kommunen, der über die Schlüsselzuweisungen verteilt wird. Trotzdem befürwortet der Landesrechnungshof die befristete Steigerung der Fehlbetragszuweisungen, denn anders wird es vielen besonders finanzschwachen Kommunen kaum gelingen, ihre Aufgaben zu erfüllen und gleichzeitig kommunalpolitischen Handlungsspielraum zurück zu gewinnen.

6. Doppelhaushalte - Einfluss des Landtages schrumpft

Die Landesregierung schlägt vor, Doppelhaushalte haushaltsrechtlich zu einem Normalfall zu erklären und § 12 LHO entsprechend zu ändern. Sie löst damit einen Konflikt zwischen Haushaltsrecht und Haushaltspraxis auf.

Der Landesrechnungshof bleibt bei seiner grundsätzlichen Kritik an Doppelhaushalten: Die für das zweite Jahr veranschlagten Einnahmen und Ausgaben sind mit hohen Unsicherheiten behaftet. Um dem Grundsatz der Haushaltswahrheit Rechnung

¹⁵ Vgl. Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2008 bis 2012, [Drucksache 16/2198](#) v. 19.08.2008, S. 17.

zu tragen, erfordern Doppelhaushalte, dass die zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben für das zweite Haushaltsjahr mit einem Nachtrag an die Entwicklung der tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben angepasst werden. Bei dieser Nachsteuerung ist der Landtag auf eine Initiative der Landesregierung angewiesen: Denn sie allein hat das Initiativrecht für Nachträge. Insoweit gibt der Landtag bei Doppelhaushalten sein Budgetrecht für das zweite Haushaltsjahr aus der Hand.

7. Haushaltsentwurf und Finanzplan - nicht tragfähig

Der von der Landesregierung vorgelegte Haushaltsentwurf 2009/2010 wird weder dem bisherigen Finanzplan, noch den ebenfalls selbst gesetzten Anforderungen im Tragfähigkeitsbericht gerecht. Auch ihr Finanzplan 2008 - 2012 ist gemessen an diesen Anforderungen nicht tragfähig: Was nützen vollmundige Planungen, wenn nachher die selbst gesteckten Ziele nicht eingehalten werden?

Der Haushaltsentwurf trägt nicht zur Lösung der heutigen Finanzprobleme des Landes bei. Die dringend notwendige Sanierung des Haushalts wird behindert, wenn Ausgaben und Zahl der Stellen weiterhin steigen. So ist das Land auch für die Lösung der bevorstehenden Probleme aus der Finanzmarktkrise denkbar schlecht aufgestellt.

Parlament und Regierung haben die gute Konjunktur der vergangenen drei Jahre im Wesentlichen nur genutzt, die zusätzlichen Einnahmen zur Verminderung der über der Verfassungsgrenze liegenden Kreditaufnahme einzusetzen. Dabei verkennt der Landesrechnungshof nicht, dass dies wesentlich durch die Haushaltspolitik der vorhergehenden Jahre bedingt ist. Jetzt muss das Land die ohnehin zu hohen Einnahmeerwartungen auf die sicher niedrigeren Ergebnisse der November-Steuerschätzung verringern und die Ausgaben daran anzupassen. Sonst entfernen sich Parlament und Landesregierung weiter von dem Sanierungskurs, dem sie sich in den Jahren 2006 und 2007 genähert hatten. Dann gefährden sie die finanzielle und politische Handlungsfähigkeit des Landes und damit langfristig seinen Bestand.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Dr. Aloys Altmann